

inSi e.V. – Hegaustraße 42 – 78224 Singen (Hohentwiel)

An die Abgeordneten  
Frau Nese Erikli MdL, Frau Dorothea  
Wehinger MdL,  
Herr Jürgen Keck MdL  
und  
Herrn Andreas Jung MdB

Geschäftsstelle  
Interkulturelles Zentrum im Alten Zollhaus  
Hegaustraße 42  
78224 Singen  
Telefon +49 7731 9263501  
kontakt@integration-in-singen.de  
[www.integration-in-singen.de](http://www.integration-in-singen.de)

Singen am Hohentwiel, 22. März 2020

### Auswirkung der Corona-Krise auf Geflüchtete – Offener Brief des Vorstandes von inSi e.V.

Sehr geehrte Frau Erikli,  
sehr geehrte Frau Wehinger,  
sehr geehrter Herr Keck,  
sehr geehrter Herr Jung,

wir erleben gerade eine extreme Krise, welche das Leben fast aller Menschen in unserem Landkreis in erheblichem, zum Teil sogar dramatischem Maße beeinträchtigt.

Gleichzeitig aber entwickelt sich derzeit unter den Menschen ein Maß an Solidarität, das Mut macht und die Überzeugung nährt, dass wir diese schwierige Zeit gemeinsam meistern werden.

Als Verein, der aus der Flüchtlingshilfe hervorgegangen und in dieser natürlich immer noch sehr aktiv ist, setzen wir uns für ein vorurteilsfreies und respektvolles Miteinander aller Bevölkerungsgruppen in unserem Landkreis ein.

Heute wollen wir an Sie als politisch Verantwortliche folgenden Appell richten:

Auch unsere Geflüchteten in den Gemeinschaftsunterkünften und den Anschlussunterbringungen trifft die Corona-Krise sehr hart:

Sämtliche Sprach- und Integrationskurse sind unterbrochen, die Schulen haben geschlossen, Einfacharbeitsplätze z. B. in der Gastronomie sind gekündigt worden, die Ausbildungsplatzoptionen für das neue Ausbildungsjahr brechen weg. In der Folge können, auch das für nicht wenige Geflüchtete ein großes Problem, die Voraussetzungen einer Beschäftigungsduldung nicht erfüllt werden.

Gleichzeitig ist für viele Geflüchtete mit ihren zum Teil erheblichen Sprachproblemen die Kommunikation mit Jobcenter, Arbeitsagentur und Ausländerbehörde äußerst schwierig geworden und deshalb kaum noch möglich – nicht zuletzt auch deswegen, weil die Unterstützung durch Ehrenamtliche und auch durch die Integrationsmanagerinnen durch die Corona-Auflagen sehr erschwert ist.

Wir denken, auch diese Menschen brauchen unsere Solidarität.

Wir bitten sie daher, im Landtag bzw. im Bundestag darauf hin zu wirken, dass Ausweisungsverfügungen, ausgenommen bei straffällig gewordenen Flüchtlingen, vorläufig ausgesetzt werden.

Ferner bitten wir Sie, sich für eine generelle Verlängerung von Duldungen, Aufenthaltsgestattungen und Arbeitsgenehmigungen, welche aktuell oder in nächster Zeit auslaufen, um mindestens ein halbes Jahr einzusetzen, damit die Betroffenen die Chance haben, die Verlängerungen unter hoffentlich bald wieder normalen Verhältnissen zu beantragen.

Wichtig sind in diesem Zusammenhang sicher auch die Schaffung von Möglichkeiten, befristete Arbeitsgelegenheiten, wie z.B. als Erntehelfer, unbürokratisch wahrnehmen zu können.

Wir würden uns freuen, wenn Sie unser Anliegen in schwierigen Zeiten aktiv und mit Nachdruck unterstützen und so ein weiteres, derzeit so wichtiges Zeichen setzen von Hilfsbereitschaft und Menschlichkeit.

Mit freundlichem Gruß

Manfred Hensler, 1. Vorsitzender von inSi e.V.

Eine Kopie dieses Briefes geht an diverse Presseorgane und wird auch in sozialen Medien veröffentlicht